

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Mündliche Frage Ausschuss IV 13.01.2021

- **484. Frage von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Langzeitarbeitslosigkeit infolge von Krankheit**

Im Rahmen einer von mir unter dem gleichen Titel vorgetragenen Interpellation waren sich vor über einem Jahr alle Diskussionsteilnehmer einig, wie wichtig es sei, Langzeitarbeitslose – insbesondere, wenn sie unter einer Krankheit litten – zu begleiten, um sie in den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Damals berief ich mich auf Berichte, die nachwiesen, dass in Ostbelgien rund hundert Personen nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten und demzufolge auf einer Warteliste standen, weil das nötige Personal für Begleitmaßnahmen fehlte.

Vor diesem Hintergrund richte ich nachstehende Fragen an die Regierung

- *Um wieviel konnte die Warteliste bei den zu integrierenden Arbeitslosen inzwischen (also sein Dezember 2019) abgebaut werden?*
- *Im Rahmen der Aussprache ging die DG-Regierung u.a. auf ein gescheitertes Projekt ein, das den Titel „gesundes Ostbelgien“ trug. Durch das Projekt sollten präventive Gesundheitsleistungen zugunsten der ostbelgischen Bevölkerung eingerichtet werden. Der Minister kritisierte dabei, dass auf föderaler Ebene zu wenig Verantwortung übernommen worden sei. Dennoch wolle er die wertvolle Vorarbeit nutzen, um das Projekt (Zitat) „in der nächsten Zeit wieder aus der Schublade“ herauszunehmen. Mit welchem Ergebnis ist das inzwischen geschehen?*

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

- **484. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Frau Huppertz (CSP) zu Langzeitarbeitslosigkeit infolge von Krankheit**

Wie ich schon im Zuge der Interpellation mitgeteilt habe, ist das Projekt der Reintegration von Langzeitkranken von der damaligen Gesundheitsministerin Maggie De Block ins Leben gerufen worden.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über keine genauen Zahlen, weil unsere Behörden keinen automatischen Zugang zu den Informationen haben, welcher Bürger langzeitkrank ist und welcher nicht.

Die Vermittlungsdienste in der DG, das heißt das Arbeitsamt, die ÖSHZ und die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben, können eine Vermittlung vornehmen, wenn der Vertrauensarzt der Krankenkasse die Verfügbarkeit der Person attestiert bzw. wenn die Person selbst den Wunsch äußert, beruflich reintegriert zu werden.

Es kann sein, dass sie sich Langzeitkranke auch bei den anderen Vermittlungsdiensten anmelden.

Eine Langzeitkrankheit kann die Folge einer körperlichen Erkrankung sein, aber vor allem Menschen mit mentalen Problemen lassen sich darunter finden.

Die 100 Personen, auf die Sie sich beziehen, sind keine automatischen Langzeitkranken, auch wenn sich Langzeitkranke darunter befinden können.

Es handelt sich zunächst auch nicht um Personen, die vermittelt werden müssen oder können.

Bei den 100 Anfragen geht es um Personen, bei denen ein ICF Assessment stattfinden muss. Erst dann kann gesagt werden, ob sie vermittelt werden könnten und ob die DSL die richtige Stelle ist, die eine Begleitung vornehmen kann.

Bei rund 40 Personen war dies der Fall und die Begleitung wurde vorgenommen.

Im neuen Jahr hat die DSL rund 160 Anfragen, bei denen ein ICF Assessment durchgeführt wird.

Die höhere Zahl ist damit zu begründen, dass die DSL während der ersten Welle proaktiv Menschen mit Beeinträchtigung kontaktiert hat, um sich nach ihrem Wohlergehen zu erkundigen. Dabei haben einige der Personen im Gespräch über eine Beschäftigung nachgedacht und sich für eine Begleitung interessiert.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Um diese Anfragen abarbeiten zu können, hat die DSL mehr Mittel von der Regierung erhalten. Die Bewerbungsgespräche laufen im Moment an.

Ich möchte allerdings nochmal unterstreichen, dass es dabei um das Assessment geht. Es bedeutet nicht, dass die 160 Personen tatsächlich begleitet werden können. Das hängt von der Einschätzung ihrer Situation ab.

Wichtig ist deshalb die Information, dass es im Bereich der Beschäftigung bei der DSL es KEINE Warteliste gibt. Alle Menschen, die durch die DSL in diesem Bereich begleitet werden sollen, werden begleitet.

Trotzdem war das Jahr 2020 kein geeignetes Jahr, um Menschen vermitteln zu können. Weder die Privatwirtschaft noch die bezuschussten Betriebe hatten genug Aufträge, um mehr Menschen zu beschäftigen. Ob es sich 2021 ändern wird, wird sich noch zeigen.

Was das Projekt „Gesundes Ostbelgien“ angeht, so gibt es keinen direkten Zusammenhang zu diesem Thema.

Was ist hier der Stand der Dinge? Am 30. Oktober traf ich gemeinsam mit der DSL die Organisation „Optimedis“. Sie haben ähnliche Projekte in Deutschland aufgebaut.

Was unser Projekt anbelangt, habe ich mich beim föderalen Gesundheitsminister dafür stark gemacht. Ein Treffen steht wegen Corona aktuell noch aus.